

Brief aus Berlin

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Pandemie ist zäh und die Infektionszahlen der vergangenen Tage zeigen: sie bleibt zäh. Die Mutationen tragen dazu bei, dass die Infektionszahlen trotz der weiterhin bestehenden Beschränkungen allenfalls nur noch leicht zurückgehen. Aber ich bin dennoch zuversichtlich, dass wir diese Pandemie gemeinsam meistern werden.

Zuversicht bereitet mir vor allem das Voranschreiten der Impfungen in Deutschland. Da im zweiten Quartal mit weiter zunehmenden Impfstoffliefermengen zu rechnen ist, wird die Immunisierung der Gesellschaft gegen COVID-19 intensiviert. Außerdem wird in Bälde die Zulassung eines weiteren Impfstoffs erwartet. Deshalb müssen wir uns schon jetzt auf den Zeitpunkt vorbereiten, dass die Impfzentren, die täglich bis zu 300.000 Impfungen durchführen können, allein nicht mehr ausreichen. Hier muss eine klare Strategie stehen, bei der auch Hausärzte eingebunden werden.

Zuversicht bereitet mir auch die Zulassungen von Corona-Selbsttests, die in dieser Woche erfolgten. Corona-Schnelltests und -Selbsttests werden wichtige Bausteine werden, um schrittweise Lockerungen von Bildungseinrichtungen, Einzelhandel, Wirtschaft und Kultur zu ermöglichen. Genauere Entscheidungen dazu werden die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit der Bundeskanzlerin in der kommenden Woche beraten. Grundlage einer Entscheidung für schrittweise Lockerungen wird die epidemische Lage, z.B. in Form der Inzidenzen, sein. Mit Blick auf die sozialen und wirtschaftlichen Härten, die die Schutzmaßnahmen leider auch mit sich bringen, wollen wir so früh, wie es vertretbar ist, aber auch so sicher wie möglich für mehr Freiräume sorgen.

Nach einem Jahr der Pandemie gibt es mehr Gründe FÜR Hoffnung und Zuversicht als dagegen. Wir erleben in der schwersten Krise unseres Landes seit 75 Jahren viele Stärken unserer Gesellschaft: stabile demokratische Institutionen, hohes bürgerschaftliches Engagement und europäische Solidarität. Nichtsdestotrotz werden die kommenden Jahre nach der akuten Bewältigung dieser Pandemie herausfordernd bleiben. Wie unter einem Brennglas, hat uns die Krise einen deutlichen Handlungsbedarf aufgezeigt - bei verwaltungsinternen Planungs- und Entscheidungsprozessen, bei der Digitalisierung des Staates und beim Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Deshalb unterstütze ich den Vorstoß von Ralph Brinkhaus, zu prüfen, wie unser Staat und die Verwaltung effizienter arbeiten können und sich unsere föderalen Strukturen optimieren lassen. Es geht darum, die Vorteile der föderalen Ordnung und der kommunalen Selbstverwaltung in das 21. Jahrhundert zu tragen und nicht mehr Zeitgemäßes zu reformieren.

Das Beste liegt noch vor uns. In diesem Sinne bleiben Sie bitte zuversichtlich und vor allem gesund.

Herzliche Grüße

Ihr Markus Koob



AUF EINEN BLICK...

Rede zur deutschen Afrikapolitik

Drittes Corona-Steuerhilfegesetz

Sozialschutz-Paket III

Änderung der Impfverordnung

Antrag „Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien verwirklichen“

Daten und Fakten



Rede:

Deutsche Afrikapolitik

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Letzter Redner in einer Debatte zu sein, die schon eine Stunde ging, ist nicht immer sehr dankbar. Deshalb kann ich mein Skript eigentlich weitestgehend zur Seite legen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, diese Debatte einmal Revue passieren zu lassen.

Ich frage mich: War das eine Sternstunde des Parlaments?

Ich muss ehrlich sagen: in weiten Teilen nicht. - So etwas überrascht mich immer. Um eine Sternstunde des Parlaments haben zu können, würde man bestimmte Teile sowieso am besten auf „lautlos“ schalten. Ich muss der rechten Seite einfach sagen: Dass man so empathielose Reden halten kann - ich weiß nicht, ob Sie jemals vor Ort gewesen sind -, ist unglaublich. Es tut mir leid; aber das ist der Aufgabe und der Größe der Herausforderung, mit der wir es zu tun haben, einfach nicht angemessen. Von der Linken hätte ich mir gewünscht, dass sie nicht wieder in diese Stereotype von dem bösen Neoliberalismus und den bösen Militärs verfällt, die dort unten sind und Sicherheit garantieren, dass sie nicht nur über Waffen redet. Ich wiederhole das hier zum, ich weiß gar nicht, wievielten Male: Wenn Sie dort unten mit Entwicklungshelfern reden, sagen sie: Ohne Militär, ohne Sicherheit gibt es keine Entwicklungshilfe. Vielleicht können wir in der Redezeit, die wir hier haben, die Teile, die wir immer vorbringen, einfach mal weglassen und uns mal mit neuen Aspekten beschäftigen.

Ich muss sagen: Ich habe hier als Außenpolitiker auch sehr oft zu den Problemen gesprochen, und es geht mir nicht darum, dass wir vor den mannigfaltigen Problemen, die es gibt, die Augen verschließen. Ich muss aber auch sagen: Als Außenpolitiker kommt man viel rum. - Ich hatte vor zwei Jahren die Gelegenheit, Sie, Herr Maas, in Sierra Leone, Burkina Faso und Mali zu begleiten. Ich kann mich - das muss ich ehrlich sagen - nicht nach jeder Auslandsreise an Gespräche mit den Menschen vor Ort erinnern. Aber das Gespräch mit der Bürgermeisterin, die wir in Freetown, in Sierra Leone, getroffen haben, ist etwas, was bis heute bei mir Gänsehaut verursacht. Wir haben dort jemanden getroffen, der in Europa einen fantastisch dotierten Job in der freien Wirtschaft hatte, in das eigene Land zurückgekommen ist und angesichts der ganzen Problemen, die es gibt, nicht den Kopf in den Sand gesteckt hat, sondern die Dinge mit einer Lebensfreude, mit einer

Power, die einen - das muss ich wirklich sagen - zwei Jahre später immer noch umhaut, angegangen ist.

Deshalb ist meine Frage: Wie beschäftigen wir uns eigentlich jenseits der Probleme mit Afrika? Wie gesagt: Ich will gar nicht die Augen vor den Problemen verschließen. Aber vielleicht sollten wir - und da bin ich dir, Jürgen, sehr dankbar für deine Anregung, dass wir das vielleicht auch mal interparlamentarisch angehen sollten - einfach sehr viel häufiger mit den Menschen vor Ort reden: Was sind eigentlich deren Erwartungen, was sind deren Wünsche, was sind deren Bedürfnisse? Da werden viele der Punkte, die heute genannt worden sind, auch fallen - da bin ich mir sicher -; aber ich habe trotzdem den Eindruck, dass wir viel zu oft über die Menschen in Afrika reden und viel zu selten mit ihnen.

Deshalb möchte ich einfach dafür werben, dass wir die nächste Debatte, in der wir über Afrika reden, wirklich zu einer Sternstunde des Parlaments werden lassen, indem wir uns ein bisschen mehr auf diesen Teil konzentrieren.

Zur Wahrheit gehört auch - und deshalb habe ich das in Richtung der Linken gesagt -: Wenn ich mit Botschaftern aus Afrika rede, sagt eigentlich jeder von ihnen, dass er sich mehr Investitionen von deutschen, von europäischen Unternehmen wünscht. Wie sie dann vor Ort gestaltet werden, wie sie fair gestaltet werden, darüber kann man ja reden. Aber es stimmt doch einfach nicht, dass europäische Unternehmen ein Teil des Problems sind. Vielmehr sind sie ein Teil der Lösung.

Deshalb bin ich meiner Fraktion sehr dankbar, dass wir vor einiger Zeit eine Projektgruppe gegründet haben, die sich speziell mit diesen Fragen auseinandersetzt - also mal nicht mit den Fragen von Hunger, Katastrophen, Krieg und Elend - und gezielt die Chancen in den Blickpunkt rückt, von denen es auf diesem Kontinent mindestens genauso viele gibt wie Herausforderungen. Dort führen wir tolle Gespräche. Es sind sehr gute Gespräche mit Unternehmern, die vor Ort, in den Ländern, auch schon investiert haben. Man lernt auch immer wieder viel dazu. Ich war bei unserem Besuch in Burkina Faso überrascht, als dort in einem Nebensatz gesagt worden ist, dass dort schon länger Blockchain-Technologie eingesetzt wird. Ich weiß nicht, ob das bei uns schon irgendwo der Fall ist - ich glaube nicht.

Das sind einfach Dinge, bei denen wir als Parlament gut beraten wären, wenn wir ein bisschen mehr auf die Chancen dieses Kontinents schauen würden, ohne dabei

die Probleme aus dem Hinterkopf zu verlieren, wenn wir mit Empathie, vielleicht auch mit ein wenig von dem Herzblut und der Leidenschaft der Bürgermeisterin aus Freetown an die Herausforderungen herangehen würden. Ich glaube, dann kann es auch gemeinsam gelingen, dass wir diese Herausforderung zusammen bewältigen und Afrika dabei helfen können, ein Chancenkontinent zu werden, der seine Möglichkeiten auch nutzen kann.

Vielen Dank. ■

2./3. Lesung:

Drittes Corona-Steuerhilfegesetz

In zweiter und dritter Lesung verabschiedeten wir in dieser Woche ein Gesetz, mit dem die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 3. Februar 2021 umgesetzt werden. Unter anderem sieht das Gesetz die Verlängerung der gewährten Umsatzsteuersatzermäßigung auf Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen mit Ausnahme der Abgabe von Getränken bis zum 31. Dezember 2022 vor. Außerdem soll für jedes im Jahr 2021 kindergeldberechtigte Kind ein Kinderbonus von 150 Euro gewährt werden. Schließlich wird der steuerliche Verlustrücktrag für die Steuerjahre 2020 und 2021 nochmals erweitert und auf 10 Mio. Euro bei Einzelveranlagung und 20 Mio. Euro bei Zusammenveranlagung angehoben. Somit verschafft dieses Gesetz den Betrieben Liquidität, die vor der Wirtschaftskrise hohe Steuern bezahlt und ihren Verlustrückgang selbst vorfinanziert haben. ■

2./3. Lesung:

Sozialschutz-Paket III

Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung haben wir ein Gesetz beschlossen, das die sozialen Folgen der Corona-bedingten wirtschaftlichen Krise abfedern soll. Teil dieses Pakets ist die Verlängerung des vereinfachten Zugangs zu den Grundsicherungssystemen sowie der erleichterten Vermögensprüfung beim Kinderzuschlag bis zum 31. Dezember 2021. Zudem

Aktueller Stand der Impfungen (25.02.2021)

Deutschland

Erstimpfung:	3.759.906
Zweitimpfung:	1.971.043
GESAMT:	5.730.949

Hessen

Erstimpfung:	254.350
Zweitimpfung:	123.457
GESAMT:	377.807

werden die Sonderregelungen für gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Schulen, Kindertagesstätten und Werkstätten für Menschen mit Behinderungen bis zum 30. Juni 2021 verlängert. Ebenfalls verlängert wird das Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes. Erwachsene Leistungsberechtigte der sozialen Mindestsicherungssysteme sollen eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von 150 Euro je Person für das erste Halbjahr 2021 erhalten. Schließlich wird im Künstlersozialversicherungsgesetz geregelt, dass ein Unterschreiten des für eine Versicherung mindestens erforderlichen Jahreseinkommens von 3.900 Euro auch 2021 keine negativen Auswirkungen auf den Versicherungsschutz in der Künstlersozialversicherung hat. ■

Impfverordnung:

Anpassung der Priorisierung

Durch die teilweise erfolgte und weiter beabsichtigte Öffnung der Schulen und Kindertagesstätten ist für den effektiven gesundheitlichen Schutz der Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher eine Änderung der Impfpriorisierung notwendig geworden. Wenn wir als Gesellschaft unseren Kindern richtigerweise Bildung und soziale Kontakte vor Ort in den Einrichtungen zukommen lassen wollen, haben wir als Gesellschaft gleichsam die Aufgabe, dem betroffenen Personal erhöhten Gesundheitsschutz zukommen zu lassen. Denn gerade in Grundschulen und Kindertagesstätten lassen sich nicht in allen praktischen Situationen ausreichend Abstand und Hygienemaßnahmen einhalten. Die in dieser Woche im Bundesanzeiger veröffentlichte Änderung der Impfverordnung des Bundesgesundheitsministers sieht nun die Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer an Grund-, Sonder- sowie Förderschulen in der Priorisierungsgruppe zwei vor. In dieser befinden sich auch andere Personengruppen, die in engerem Kontakt zu Mitmenschen stehen. ■

Antrag der Koalitionsfraktionen:

Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien

Ob es um Honorare und Gehälter, Auftritts- oder Ausstellungsmöglichkeiten, die Vergabe von Preisen und Stipendien oder um die Besetzung von Führungspositionen in Kultureinrichtungen geht – Frauen haben oft noch schlechtere Chancen als Männer. In diesem Antrag der Koalitionsfraktionen fordern wir deshalb Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und künstlerischem Beruf, mehr Datenerhebungen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern und – nach Geschlechtern getrennt – zur Vergabe von bundesgeförderten Preisen und Stipendien. Jürs und die Aufsichtsgremien des Rundfunks sind ausgewogen zu besetzen. Zur faireren Bezahlung von Künstlerinnen und weiblichen Kreativen werden Honorarempfehlungen in den Förderrichtlinien angeregt. ■

Daten und Fakten I:

Starker Anstieg von Videotelefonie im letzten Jahr

Im Zuge des Jahres 2020 nahm in vielen europäischen Ländern die Nutzung von Videotelefonie über das Internet deutlich zu. Im Jahr 2019 nutzen noch 60 Prozent der Befragten Videotelefonie; im Jahr 2020 waren es schon 69 Prozent. Länder, die einen besonders hohen Anstieg der Internetnutzung für (Video-)Telefonie von 2019 auf 2020 verzeichnen, sind u.a. Irland (mit einem Anstieg um 24 Prozent), Spanien (+ 22 Prozent), Österreich (+ 21 Prozent) und Portugal (+ 17 Prozent). In Deutschland haben letztes Jahr 69 Prozent der Befragten das Internet für Telefoniezwecke benutzt, zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Damit befindet sich Deutschland im EU-Durchschnitt. Laut der Umfrage ist Spitzenreiter bei der Internetnutzung für Telefonie übrigens Kosovo, wo sich 2020 etwa 99 Prozent der Befragten positiv zu dieser Frage äußerten. *(Quelle: Eurostat)* ■

Daten und Fakten II:

Erwartete Abnahme in der Nachfrage nach Büroflächen bleibt aus

Trotz starkem Konjunkturrückgang während der Corona-Krise prognostiziert das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) entgegen eigener Erwartungen keinen Einbruch des Büroimmobilienmarktes für das laufende Jahr. Es kann sogar ein Anstieg der Mieten verzeichnet werden. Erklärungen für diese Entwicklung findet das IW in der Art der aktuellen Wirtschaftskrise und dem bisherigen Ausbleiben einer Insolvenzwelle, da diese durch staatliche Unterstützungsgelder abgefangen wurde. Selbst bei einem starken Anstieg an Homeoffice-Tätigkeiten hielten Büronutzer größere Flächen, damit die Abstandsregelungen eingehalten werden können. Weiterhin geht aus den Umfragedaten hervor, dass nur 6,4 % der Unternehmen Ende 2020 eine Reduzierung ihrer Büroflächen planten und 16,9 % die Nutzung der Flächen umgestalten möchte – u.a. größere Abstände zwischen den Arbeitsplätzen schaffen und Großraumbüros in kleinere Büroeinheiten umwidmen. Aus diesen Daten leitet das IW eine bisherige Robustheit des Büroimmobilienmarktes ab, die jedoch bei steigenden Insolvenzzahlen in ein Ungleichgewicht geraten kann. *(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)* ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel 030/227-75549 • Fax 030/227-76549

markus.koob@bundestag.de

www.markus-koob.de